

Der Bundesminister der Finanzen
II B/5 – F 7496 – 24/65

Bonn, den 18. Januar 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Zustimmung zur unentgeltlichen Abtretung von Geschäftsanteilen an wirtschaftlichen Unternehmungen**
hier: Beteiligungen an Flughafengesellschaften

Bezug: **§ 47 Abs. 3 Reichshaushaltsordnung**

Die Haushaltslage zwingt dazu, Bundesmittel möglichst wirkungsvoll bei bestimmten Schwerpunkten einzusetzen. Die Bundesregierung hat sich daher entschieden, die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an Flughäfen von überwiegend regionaler Bedeutung aufzugeben. Hierunter fallen die Trägergesellschaften der Flughäfen Hannover, Stuttgart und Nürnberg. Bei anderen vergleichbaren Flughäfen war der Bund ohnehin nicht beteiligt.

Mitgesellschafter sind in diesen Fällen ausschließlich Länder und die betreffenden Gemeinden.

Die Verhandlungen mit den verbleibenden Gesellschaftern haben inzwischen für die Flughafen Stuttgart GmbH und die Flughafen Nürnberg GmbH zu einer Einigung über Auseinandersetzungsverträge geführt. Eine Einigung war nur unter der Voraussetzung möglich, daß der Bund seine Geschäftsanteile an die Mitgesellschafter unentgeltlich abtritt und auf die Rückzahlung der ohnehin nur bedingt rückzahlbaren Darlehen verzichtet. Das Ausscheiden des Bundes als Gesellschafter ist mit Wirkung vom 1. Januar 1966 vorgesehen. In den Verträgen ist die haushaltsrechtliche Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften vorbehalten.

Mit den Gesellschaftern der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH konnte noch keine Einigung über die Auseinandersetzung erzielt werden.

Bei den Flughäfen Stuttgart und Nürnberg handelt es sich um folgende Beträge:

Stammeinlagen:

a) Flughafen Stuttgart GmbH (Bundesanteil 28 v. H.)	1 344 000 DM
b) Flughafen Nürnberg GmbH (Bundesanteil 30 v. H.)	900 000 DM
insgesamt	<u>2 244 000 DM</u>

Darlehen:

a) Flughafen Stuttgart GmbH	7 130 940 DM
b) Flughafen Nürnberg GmbH	124 050 DM
insgesamt	<u>7 254 990 DM</u>

Die unentgeltliche Abtretung der Stammeinlagen und der Verzicht auf die Rückzahlung der Darlehen ist aus folgenden Gründen gerechtfertigt:

1. Die Gegenwerte der Stammeinlagen wie auch der bedingt rückzahlbaren Darlehen sind dem öffentlichen Verkehr gewidmete Anlagen. Es erscheint daher nur folgerichtig, wenn die o. a. Vermögenswerte auf die für die Weiterführung dieser Aufgaben verantwortlichen Gebietskörperschaften unentgeltlich übertragen werden.
2. Die Gesellschaftsanteile besitzen keinen Handelswert, weil sie durch die Betriebspflicht der Gesellschaften mit einer erheblichen Kostenlast für Betrieb, Unterhaltung und Ausbau des Flughafens verbunden sind.
3. Die Darlehen des Bundes sind bedingt verzinslich und bedingt rückzahlbar für Investitionen gewährt worden. Sie haben also eigenkapitalähnlichen Charakter. Tilgung und Verzinsung sind nur vorgesehen, wenn die Darlehensnehmer zu versteuernde Gewinne erwirtschaften.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der zu a) und b) genannten Gesellschaften zum 31. Dezember 1964 sind beigelegt.

Soweit Gewinne ausgewiesen sind, beruhen diese überwiegend auf außerordentlichen Erträgen. Im Verhältnis zu dem in den Flughäfen gebundenen Kapital sind diese Gewinne unbedeutend. In allen Fällen sind in der Steuerbilanz noch Verlustvorträge vorhanden. Ausschüttungen sind in keinem Falle zu erwarten. An der gegebenen Ertragslage wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist anläßlich der Beratung des Bundeshaushalts 1965 und in einer besonderen Vorlage über die Einzelheiten unterrichtet worden und hat in seiner 191. Sitzung am 1. Juli 1965 von den beabsichtigten Maßnahmen zustimmend Kenntnis genommen.

Für die haushaltsrechtliche Abwicklung der Maßnahmen sind im Bundeshaushalt 1966 in Kap. 12 17 Tit. 58 und 573 Leertitel mit Haushaltsvermerken und Erläuterungen vorgesehen (§ 47 Abs. 1 RHO).

Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr bitte ich, der unentgeltlichen Abtretung der oben unter a) und b) genannten Stammeinlagen des Bundes zu gleichen Teilen

an das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart im Falle der Flughafen Stuttgart GmbH,

an den Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg im Falle der Flughafen Nürnberg GmbH,

nach § 47 Abs. 3 RHO und dem Verzicht auf die Rückzahlung der Darlehen zuzustimmen.

Dem Herrn Präsidenten des Bundesrates habe ich den gleichen Antrag übermittelt.

In Vertretung

Grund

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1964

Flughafen Stuttgart GmbH

a) Bilanz (in Mio DM)

<i>Aktiva</i>		<i>Passiva</i>	
Anlagevermögen	48,5	Stammkapital	4,8
Umlaufvermögen	2,2	Rücklagen	2,3
Rechnungsabgrenzung	0,1	Wertberichtigungen zum Anlagevermögen	12,6
		Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen	0,7
		Rückstellung	0,9
		Darlehen der öffentlichen Hand ...	25,6
		sonstige Verbindlichkeiten	3,4
		Rechnungsabgrenzung	0,1
		Reingewinn	
		Gewinnvortrag 1963	0,6
		./. Verlust 1964	0,2
	<u>50,8</u>		<u>0,4</u>
			<u>50,8</u>

b) Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio DM)

<i>Aufwendungen</i>		<i>Erträge</i>	
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,9	Umsatzerlöse	6,6
Gehälter, Löhne und soziale Aufwendungen	3,1	sonstige Erträge	0,3
Wertberichtigungen	1,9	Gewinnvortrag 1963	0,6
Zinsen	0,1		
Steuern	0,3		
sonstige Aufwendungen	0,8		
Reingewinn			
Gewinnvortrag 1963	0,6		
./. Verlust 1964	0,2		
	<u>0,4</u>		
	<u>7,5</u>		<u>7,5</u>

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1964**Flughafen Nürnberg GmbH**

a) Bilanz (in Mio DM)

<i>Aktiva</i>		<i>Passiva</i>	
Anlagevermögen	3,2	Stammkapital	3,0
Umlaufvermögen	0,9	Rückstellung	0,3
Rechnungsabgrenzung	0,0	Verbindlichkeiten	0,6
		Gesellschafterdarlehen	0,1
		Reingewinn	
		Verlustvortrag 1963	0,1
		Gewinn 1964	0,2
	<u>4,1</u>		<u>0,1</u>
			<u>4,1</u>

b) Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio DM)

<i>Aufwendungen</i>		<i>Erträge</i>	
Gehälter, Löhne und soziale Aufwendungen	1,3	Erträge aus Flughafenbetrieb	2,3
Abschreibungen	0,2	sonstige Erträge	0,0
Zinsen	0,1		
Steuern	0,1		
sonstiger Aufwand	0,5		
Reingewinn 1963	0,1		
Gewinn 1964	0,2		
	<u>0,1</u>		
	<u>2,3</u>		<u>2,3</u>